

# „Politik stellt Betriebe unter Generalverdacht“

Handwerksbetrieb Simonmetall beklagt enorme Bürokratie-Belastung durch Mindestlohn

**TANN**

Die Politik in Berlin weiß gar nicht, welche Last sie den kleinen und mittleren Handwerksunternehmen mit dem Mindestlohngesetz aufbürdet. Diesen Eindruck haben Yvonne, Ursula und Christian Simon von der Führung der Firma Simonmetall in Tann-Günthers. Die 8,50 Euro seien nicht das Problem, sondern die gewaltige, komplizierte Bürokratie um das Mindestlohngesetz herum.

Von unserem Mitarbeiter **VOLKER NIES**

In dem 1919 gegründeten Familienunternehmen vertrauen die Eigentümer ihren Mitarbeitern. Diese schrieben bislang die geleisteten Stunden auf, nicht aber Beginn und Ende der Arbeitszeit. Jetzt aber verlangt das Mindestlohngesetz die präzise Dokumentation von Anfang und Ende der Arbeitszeit. Der Spezialist für Treppen- und Balkonanlagen und Vordächer aus Metall gehört zum Baunebengewerbe. Von ihm wird die genaue Dokumentation verlangt.

Simonmetall hat eine neue Zeiterfassung aufbauen müssen. Auch die Mitarbeiter im Büro müssen ihre Arbeitszeit erfassen. Seniorchefin Ursula Simon (62) musste während der vielen Jahrzehnte Arbeit für die Firma nie ihre eigene Arbeitszeit nachweisen. Das Mindestlohngesetz verlangt das jetzt selbst von ihr.

„Die Dokumentation haben wir jetzt im Computer. Aber der Staat verlangt, dass die Dokumente auf jeder Baustelle vorgezeigt werden können. Wie soll das gehen?“, fragt Geschäftsführer Christian Simon



Sehen den Mindestlohn als erhebliche Last für die Handwerksbetriebe (von links): Yvonne, Ursula und Christian Simon.

Fotos: Volker Nies



(36). Ihn ärgert, dass von den Handwerksunternehmen ein Wust an Dokumentation verlangt werde, der aber nicht verhindere, dass schwarze Schafe weniger als 8,50 Euro zahlen. „Warum verlangt der Staat diese Bürokratie nicht nur von den Firmen, die schon einmal weniger als 8,50 Euro gezahlt haben?“, fragt Geschäftsführerin Yvonne Simon (36). „So aber stellt die Politik die gesamte Wirtschaft unter Gene-

ralverdacht. Ich bin im Gespräch mit vielen Unternehmerfrauen. Der Frust über die immer neuen, eigentlich unnötigen Lasten ist überall groß.“ Eine weitere Belastung durch das Mindestlohngesetz ist die Haftung für Nachunternehmer. Simonmetall hat alle Subunternehmer gebeten, schriftlich zu versichern, dass sie Mindestlohn zahlen. Die meisten Firmen antworteten nicht, viele wählten eigene Formulierungen. „Wir haben keine eigene Rechtsabteilung. Wie sollen wir feststellen, welche Formulierung rechtssicher ist?“, fragt Christian Simon. Eine richtig harte Nuss war, als die Firma eine Mitarbeite-

rin, die aus dem Mutterschutz zurückkehrte, mit flexibler Arbeitszeit, aber festem Monatslohn einstellen wollte. Wenn die Frau in einer Woche zu viel arbeitet, könnte die Firma gegen den Mindestlohn verstoßen. Einen halben Tag telefonierte Christian Simon mit Behörden und schien eine Lösung gefunden zu haben – die dann aber die Steuerberaterin als zu unsicher verwarf. Dass es im Handwerk noch keinen flächendeckenden Protest gegen das Mindestlohngesetz gab, erklärt sich Yvonne Simon so: „Wir Handwerker haben in unseren Betrieben alle viel zu tun. Wir haben in aller Regel gar keine Zeit, uns zu engagieren – und wir haben auch

keine starke Lobby in der Politik.“ Sie fragt sich, welches Bild die Politik von den Unternehmern hat: „Uns wird unterstellt, wir führten Böses gegen unsere Mitarbeiter im Schilde.“

Arbeitsministerin Nahles scheint anzunehmen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer seien füreinander Gegner. Für die Ministerin sind die Unternehmen offenbar ein Feindbild.“



Simonmetall hat die Zeiterfassung wegen des Mindestlohngesetzes komplett umgestellt. Das kostete Zeit und Geld.